

Prof. Dr. Roland Roth

Gewinnwarnung

– Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014

Als vor einigen Wochen das Team des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) den Freiwilligensurvey 2014 (FWS 2014) veröffentlichte, war die Überraschung groß. Weitgehend unbemerkt von der Fachöffentlichkeit soll sich demnach die Engagementquote zwischen 2009 und 2014 von 35,9 auf 43,6 Prozent erhöht haben und die Zahl der Engagierten in Deutschland in diesem Zeitraum um mehr als 20 Prozent von 24 auf knapp 31 Millionen angestiegen sein.

Solche Steigerungsraten sind in „normalen“ Zeiten äußerst ungewöhnlich. Hätte die Befragung nach dem Sommer 2015 stattgefunden, wäre die Verwunderung deutlich geringer ausgefallen. Hatten doch die überaus zahlreichen Flüchtlings- und Willkommensinitiativen, aber auch engagierte Einzelne gezeigt, dass in Krisen- und Notzeiten hierzulande mit einer aktiven Zivilgesellschaft gerechnet werden kann. Da sich in diesen Monaten ersten Studien zufolge etwa die Hälfte zum ersten Mal engagiert hat, sind zudem oft geäußerte Zweifel an der bekundeten Engagementbereitschaft zerstreut worden. Bei gegebenem Anlass – so die Erfahrungen mit der Flüchtlingshilfe – wird die Bereitschaft bzw. Fähigkeit zum Engagement durchaus praktisch und kann ein Handlungsfeld zumindest vorübergehend prägen. Aber im Sommer 2014 war davon noch wenig zu spüren. Da sich zu diesem Zeitpunkt die ökonomische Situation im Vergleich zu 2009 deutlich verbessert hatte, konnte zwar mit einem kleinen Zuwachs im Engagement gerechnet werden. Aber eine Steigerungsrate von mehr als 20 Prozent in nur fünf Jahren erscheint gänzlich unplausibel. Bei der Altersgruppe 14 bis 19 Jahre soll sie zwischen 2009 und 2014 sogar von 36,1 auf 52,3 Prozent gestiegen sein – ein Zuwachs von rund 45 Prozent (Tabellenband S. 10).

Wer nach den Quellen der wundersamen Vermehrung des Engagements im Sommer 2014 sucht, stößt schnell auf gravierende methodische Veränderungen, die einen Bruch mit der bisherigen Forschung und den Analysen der Vorgängersurveys darstellen. Im Fokus steht dabei die Unterscheidung zwischen freiwilligem bzw. bürgerschaftlichem Engagement einerseits und öffentlichen Aktivitäten andererseits. Wer in einer Fußballmannschaft mitspielt, ist öffentlich aktiv, aber erst wenn er oder sie den Nachwuchs trainiert oder im Vereinsvorstand mittut, sprechen wir von bürgerschaftlichem Engagement. Auch wenn das DZA-Forschungsteam immer wieder versichert, an dieser, auf die Arbeit der Enquete-Kommission zurückgehende Unterscheidung festzuhalten, hat es diese Grenzziehung deutlich in eine

Richtung verschoben. Im Zentrum steht dabei die (dieses Mal weitgehend fehlende) nachträgliche Bereinigung der Selbstauskünfte von Befragten. Eine ganze Reihe von ihnen nennen – auch nachdem sie über zentrale Merkmale des freiwilligen Engagements informiert wurden – Tätigkeiten, die nicht in dieses Konzept passen. In der Vergangenheit waren dies oft reine Mitgliedschaften oder gemeinsame Freizeitaktivitäten, wenn insbesondere Jugendliche angaben, in einer Band zu spielen oder mit einem Fußball-Fanclub ins Stadion zu gehen. So wurden im FWS 2009 nach der Befragung 10,4 Prozent der Antworten aussortiert. Im FWS 2014 waren es jedoch nur noch 1,6 Prozent (S. 75). Die Effekte der veränderten Bereinigungspraxis werden dort besonders sichtbar, wo das DZA-Team die neuen Kriterien auf die zurückliegenden Datensätze anwendet: Aus einer abrupten Steigerung zwischen 2009 und 2014 wird so ein sanfter Anstieg von 1999 bis 2014 (S. 91-95).

Wer solche Veränderungen in bestehenden Surveys vornimmt, ist begründungspflichtig, lassen sich doch in der Folge die aktuellen Daten und Aussagen nur noch sehr eingeschränkt mit denen der früheren Jahrgänge vergleichen. Damit verringert sich zugleich der zentrale Nutzen dieser Forschungspraxis deutlich. Die Suche nach den guten Gründen fällt für den DZA-Survey 2014 unbefriedigend aus. Sie werden weder systematisch dargestellt noch am Material ausgewiesen. So fehlt eine systematische Aufstellung, welche der früher aussortierten Aktivitäten nun als Engagement gewertet werden ebenso wie eine Darstellung der bereinigten Engagementquote von 2014 nach den zuvor üblichen Standards.

Die Spurensuche führt zu einem neu entwickelten Kriterienkatalog, der Tätigkeiten dann als Engagement wertet, wenn sie aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden (S. 72). Verzichtet wird dabei explizit auf die Dimensionen „Freiwilligkeit“ und „Gemeinwohlorientierung“. Vor allem der Verzicht auf die Gemeinwohldimension ist folgenreich, geht es doch um ein entscheidendes Merkmal der gesamten Engagementdebatte. Zwar ist dem DZA-Team zuzustimmen, dass „dieser Aspekt ausgesprochen normativ ist und sich Antworten auf die Frage, ob eine Tätigkeit dem Gemeinwohl dient, nach politischer und weltanschaulicher Überzeugung der Befragten sehr stark unterscheiden können“ (S. 72). Aber genau an diesem Punkt setzte die Debatte über den „Strukturwandel des Ehrenamts“ vor etwa zwei Jahrzehnten an. Der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“, für den sich die Enquete-Kommission 2002 im Konsens entschieden hatte und der für die Freiwilligensurveys maßgeblich war, sollte eine Brücke zwischen klassischem Ehrenamt, Solidartraditionen der Arbeiterbewegung und neuen sozialen und politischen Initiativen bis hin zum online-Engagement für Flüchtlinge bauen. Ohne das emphatische, solidarische oder karitative „für Andere“ und ohne den Anspruch „Gesellschaft im Kleinen“ durch eigenes Handeln mit zu gestalten, verliert der Engagementbegriff seine Substanz. Dass Beiträge zum Gemeinwohl vielfältig, widersprüchlich und immer wieder aufs Neue umstritten sind, ist hinreichend bekannt. Dies gehört zu einer lebendigen Zivilgesellschaft. Die Enquete-Kommission hatte sich deshalb entschlossen, selbst Proteste und soziale Bewegungen als Engagementformen anzuerkennen, auch wenn sie oft nur indirekt und im Medium der Kritik zur Suche nach dem Ge-

meinwohl beitragen. Indem die DZA-Forschungsgruppe diesen Begriffskern analytisch aufgibt, landet sie bei einem weitgehend entleerten Engagementbegriff.

Die Folgen werden bei einigen verstreuten Hinweisen auf „Tätigkeiten der Engagierten“ deutlich. Hier findet sich u.a. der „Fußballverein für Erwachsene: Aktiver Spieler im Tor“ (S. 123), die Beteiligung an Wanderungen und Chor im Seniorenclub (S. 127), das Chormitglied in der Kirche (S. 131), der Vertrauenslehrer im Philologenverband (S. 143) oder Spaziergänge im Rahmen der privaten Nachbarschaftshilfe (S. 145). Nach den bislang geteilten Maßstäben handelt es sich in all diesen Fällen nicht um freiwilliges Engagement, auch wenn sie mit einigem Wohlwollen den DZA-Positivkatalog „aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich“ erfüllen.

Hinzu kommt der Hinweis, man habe sich im Zweifelsfall bei der Auswahl für die Selbsteinschätzung der Befragten entschieden (S. 72). Dies klingt sympathisch und partizipativ, verkennet aber den normativ-analytischen Charakter des Konzepts „bürgerschaftliches“ bzw. „freiwilliges Engagement“. Es gibt in unserer Gesellschaft eben kein allgemein geteiltes Verständnis von Begriffen wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit oder bürgerschaftliches Engagement. Wissenschaftliche Studien sind deshalb gehalten, zu unterscheiden und zu sortieren, um zu verhindern, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden. Die Bereinigungspraxis der früheren Surveys war nicht Ergebnis übermäßiger Strenge oder der Vorlieben eines Auftragnehmers, sondern beruhte auf einem seit den 2000er Jahren entwickelten breiten konzeptionellen Konsens von Wissenschaft und Praxis, der nun leichtfertig ignoriert worden ist. Da es sich beim freiwilligen Engagement um ein zunehmend positiv bewertetes und erwünschtes Verhalten handelt, muss bei Selbsteinschätzungen mit einer wachsenden Zahl von Überzeichnungen gerechnet werden – eine Tendenz, die sich in den Freiwilligen Surveys von 2004 und 2009 deutlich zeigte.

Zur Aufblähung der Engagementzahlen dürfte auch eine weitere konzeptionelle Neuerung beigetragen haben. In früheren FWS wurde nach dem aktuell ausgeübten freiwilligen Engagement gefragt, im FWS 2014 wurde der Zeitraum auf „im letzten Jahr“ erweitert. Auch in diesem Fall – wie bei allen anderen Veränderungen – versichert das Autor_innenteam, es handele sich nur um eine Präzisierung, die nicht zu einer Ausweitung der Nennungen geführt habe. Es wird sogar auf einen Pretest verwiesen, der eine Reduzierung der Engagementangaben durch die veränderte Fragestellung ergeben habe (S. 59). Dies widerspricht allen Erfahrungen, geraten doch im Rückblick (mit abnehmender Verlässlichkeit) stets mehr erwünschte Tätigkeiten in den Blick als in einem aktuellen Blitzlicht. Wie wichtig Zeiträume für die Ergebnisse sind, zeigt ein Detail der Befragung von 2014, das im Haupttext keine weitere Beachtung erfährt. Bei der Frage, ob sich die Interviewten in den letzten vier Wochen engagiert haben, sinkt die Engagementquote auf magere 27,6 Prozent (Tabellenband S. 12).

Beide konzeptionellen Operationen des DZA-Teams dürften – im Unterschied zur Selbsteinschätzung (S. 113) – für den Löwenanteil der Steigerungsrate verantwortlich sein. Entsprechend fragwürdig fallen die gesellschaftlichen Begründungen für die behaupteten immensen

Zuwächse aus (S. 32-36). Hier werden einerseits Langfristtrends in den Bereichen Bildung, Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit, Demographie u.a.m. bemüht, die kurzfristige Steigerungsraten nicht erklären können. Ambivalente und negative Folgen des erhöhten Zeitdrucks im Bildungsbereich (G8 statt G), von erhöhten Mobilitätsanforderungen durch Lehre und Studium oder verstärkten und flexiblen Arbeitsanforderungen werden dagegen heruntergespielt – im FWS 2009 wurden sie noch als Faktoren benannt, die zur wachsenden Kluft zwischen sinkendem Engagement und wachsender Engagementbereitschaft in der jüngeren Generation beigetragen hätten. Besonders realitätsfern wirken Aussagen wie „Der Wert des freiwilligen Engagements ist heute weithin anerkannt und auch in schulischen und universitären Curricula festgeschrieben“ (S. 34). Hier werden Modellprojekte, vereinzelte gute Praxis und Absichtserklärungen hochgejubelt. Gerade wird das bundesweit einzig verbindliche schulische Curriculum „Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement – TOP SE“ in Baden-Württemberg zurückgefahren. Engagementlernen als verbindliches Element von pädagogischen Ausbildungsgängen gehört noch immer zu den unerfüllten Wünschen der Engagementdebatte, wie ein Impulspapier des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Schule der Bürgergesellschaft“ vom Oktober 2014 deutlich gemacht hat. Jedenfalls können die zarten pädagogischen Pflänzchen nicht zum kräftigen Engagementwachstum zwischen 2009 und 2014 gerade bei den Jüngeren beigetragen haben. Ähnlich verhält es sich mit den angeblich segensreichen Wirkungen der Engagementpolitik des Bundes (S. 33), die gerade in der Amtszeit von Kristina Schröder (2009 - 2013) eher verkümmerte. Im Drang nach guten Botschaften wird z.B. übersehen, dass die Frage nach einer angemessenen Infrastrukturförderung für bürgerschaftliches Engagement auch im Jahre 17 nach der Einsetzung der Enquete-Kommission auf verlässliche Antworten wartet.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass es dem Forschungsteam vor allem um große Zahlen und gute Botschaften ging. Dies macht auch eine Unterlassung deutlich. So wurde die Überrepräsentation der Menschen mit hoher Bildung im Survey wie bei den vorhergehenden Erhebungen ein weiteres Mal nicht bereinigt – dieses Mal mit dem zuvor an zentralen Stellen ignorierten Argument der Vergleichbarkeit mit den früheren Surveys. Im Sample von 2014 machen die Hochgebildeten 42 Prozent aus, in der Bevölkerung jedoch nur 28,8 Prozent (S. 69). Allein diese Korrektur hätte die aktuelle Engagementquote um 3,6 Prozentpunkte abgesenkt (S. 70) und die Zahl der Engagierten um rund 2,5 Millionen reduziert.

Wie konnte es zu diesem Bruch mit der Tradition der FWS kommen? Hintergrund ist vermutlich ein tiefes politisches Zerwürfnis zwischen einer großen Zahl von engagementpolitischen Akteuren aus Wissenschaft und Praxis auf der einen Seite und der zuständigen Abteilung im BMFSFJ in der Ära der Familienministerin Schröder auf der anderen. Mit großem Aufwand und breiter wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Beteiligung hatte 2009/2010 ein „Nationales Forum für Engagement und Partizipation“ Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie vorgelegt, die dem Ministerium damals zu kritisch und fordernd ausgefallen war. Hinzu kam ein zunehmend selbstbewusst auftretendes Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das wesentliche Impulse der Enquete-Kommission

bündeln konnte. Ein Bruch mit dieser Szene schien angeraten und neue – „pflegeleichte“ und zudem noch ökonomisch potente – Kooperationspartner (an erster Stelle Unternehmen und Stiftungen) wurden gesucht. In der Folge wurde der „Erste Engagementbericht“ mit dem Schwerpunkt Engagement von Unternehmen an das Institut der deutschen Wirtschaft (IW-Köln) vergeben, der Auftrag für den Freiwilligensurvey 2014 wanderte im Dezember 2011 an das eigene Ressortforschungsinstitut DZA (Berlin). Beide Einrichtungen zeichneten sich dadurch aus, dass sie bis dahin selbst in ihren Kernthemen „Unternehmen“ bzw. „Alter“ kaum etwas zur Engagementdiskussion beigetragen hatten (die maßgeblichen Studien in diesen Bereichen haben andere Akteure beigesteuert) – von bemerkenswerten Beiträgen zur Engagement- und Zivilgesellschaftsforschung aus diesen Instituten ganz zu schweigen. Aber sie garantierten auf je unterschiedliche Weise Distanz zum Enquete-Erbe und seinen Akteuren. Vom IW z.B. war kein kritisches Wort über das – in vielen Dimensionen doch reichlich unentwickelte – Unternehmensengagement in Deutschland zu erwarten, wird das private arbeitgebernahe Institut doch wesentlich von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Zu allem Überfluss entwickelte dessen Direktor im „Ersten Engagementbericht“ (2012) eine handgestrickte Pflicht- und Verantwortungsrhetorik, die zur Freude der konservativen Auftraggeber provokativ auf den Bruch mit Leitideen des bürgerschaftlichen Engagements zielte: dem Eigensinn und der Freiwilligkeit des Engagements.

Nun liegt eine singuläre DZA-Studie mit einem Hang zum Hochglanz vor. Trotz der Überdehnung des Engagementkonzepts bewegt sich zwar vieles in der Kontinuität des FWS, aber die veränderte Grundkonzeption dürfte auch die Aussagen in den einzelnen Handlungsfeldern beschädigen. Verschiedenen Einzelkapiteln ist zudem anzumerken, dass die Autorinnen und Autoren nur mäßig mit den jeweiligen Fachdebatten vertraut sind. Andere Abschnitte, wie z.B. der zur politischen Partizipation erscheinen gänzlich überflüssig, werden doch erneut höchst selektiv einzelne Partizipationsformen in lebenslanger Perspektive abgefragt („Haben Sie schon einmal ...“) und aktuelle Trends in Richtung dialogorientierter Beteiligungsformate ignoriert. Schon die Fragestellung klingt nach einer Einladung zur Märchenstunde.

Die beginnende Debatte über den umfangreichen Survey wird sicherlich differenzierte Befunde zu einzelnen Kapiteln zu Tage fördern. Der Jubel über die hohen Zahlen sollte verhaltener ausfallen, als es sich bislang ankündigt. Der FWS 2014 ist mit den Vorgängern in zentralen Punkten nicht vergleichbar und damit jede Aussage über Steigerungsraten hinfällig. Das entleerte Engagementkonzept des FWS 2014 hat zwar die Zahl der aufgenommenen Aktivitäten steigen lassen, aber ein bislang unbekannter Teil davon hat mit freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement nichts zu tun. Nach dessen abgespeckten Kriterien (aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich) stünden wir – zugespitzt formuliert - vor einer erneuten Explosion des Engagements in diesem Sommer, wenn die Fußball-Europameisterschaft die öffentlichen Plätze durch Public Viewing füllen wird.

Die hohen Zahlen des FWS 2014 sind in der Welt und werden auch durch berechtigte Kritik nicht verschwinden. Es geht deshalb vor allem um Schadensbegrenzung. Die politische Spitze

des BMFSFJ und die Leitung der zuständigen Abteilung haben 2013 gewechselt. Das Thema bürgerschaftliches Engagement wurde intern aufgewertet und das Haus versteht sich nun selbstbewusst als „Engagementministerium“. In einer in diesem Frühjahr vorgelegten „Engagementstrategie BMFSFJ. Strategische Ausrichtung der Engagementpolitik“ verabschiedet sich das Ministerium explizit vom Pflichtdiskurs des „Ersten Engagementberichts“ und stellt künftig eine kooperative Praxis in der Engagementpolitik insgesamt, aber auch für die Zivilgesellschafts- und Engagementforschung in Aussicht. Im Umgang mit dem bereits angekündigten nächsten FWS und vergleichbaren Studien sollten einige Konsequenzen aus dem Erbe der Ära Kristina Schröder gezogen werden. Dazu folgende Vorschläge:

1. Künftige Freiwilligensurveys sollten von einem Verbund von unabhängigen Forschungsinstituten erstellt werden, die sich in verschiedenen Feldern der Engagement- und Zivilgesellschaftsforschung ausgewiesen haben. Davon gibt es auch in der Bundesrepublik eine ganze Reihe: vom CSI in Heidelberg über das Maecenata-Institut, „Zivilgesellschaft in Zahlen“ des Stifterverbands oder das Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität zu Berlin bis zum Zentrum für Nonprofit-Management an der Universität Münster, um nur einige zu nennen. Eine kooperative Erarbeitung ist schon deshalb notwendig, um einer inzwischen sehr ausdifferenzierten wissenschaftlichen Debatte in den unterschiedlichen Engagementfeldern und in der Zivilgesellschaftsforschung gerecht zu werden. Dies ist von einzelnen, noch dazu weitgehend fachfremden Auftragnehmern nicht zu leisten. Niemand käme z.B. auf die Idee, das Deutsche Jugendinstitut mit einem Jahresgutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung zu betrauen.
2. In Zukunft sollte wieder darauf geachtet werden, dass die Daten des Freiwilligensurveys und vergleichbarer Erhebungen zeitnah zur Verfügung stehen. Gerade die jüngsten Erfahrungen im Flüchtlingsbereich machen deutlich, dass die Halbwertszeit von Surveydaten begrenzt ist. Jedenfalls liefern die fast zwei Jahre alten Zahlen des FWS 2014 keine Antworten auf aktuelle Fragen, z.B. wie das „neue“ Engagement in der lokalen Willkommenskultur verstetigt werden kann. Arbeitsteilige Verbundstrukturen könnten auch in der Zeitdimension hilfreich sein und die Produktionszeiten der Surveys erheblich verringern.
3. Eingespielte Forschungsverbünde bieten zudem die Chance, kurzfristig Untersuchungen zu drängenden Themen zu starten. Aktuell gibt es zum Engagement in der Willkommenskultur für Geflüchtete eine Reihe von kleineren Studien und Befragungen, deren Resultate durch eine kooperative Anstrengung sicherlich qualitativ gewonnen hätten.
4. Um die Debatte über die Surveydaten wieder auf eine solide und vergleichbare Grundlage zu stellen, könnte eine Auswertung des DZA-Datensatzes nach den Auswahlstandards

der FWS von 1999 bis 2009 hilfreich sein. Die inflationierten Zahlen des FWS 2014 sollten so auf Dauer nicht stehen bleiben.

5. Eine rein quantitative Betrachtung der Engagemententwicklung, die Orientierung an Quoten und großen Zahlen führt zunehmend in die Irre, geht es doch verstärkt um jene gesellschaftlichen Qualitäten, die mit dem freiwilligen Engagement assoziiert werden (sozialer Zusammenhalt, Gewaltfreiheit und Zivilität, Demokratielernen etc.). Gerade die aktuelle Flüchtlingssituation mit all den Bürgerwehren und Pegida-Aufmärschen hat deutlich gemacht, dass es inzwischen reichlich Engagement gibt, das Zivilität, sozialen Zusammenhalt und Demokratieentwicklung eher beschädigt. Für künftige Surveys ist es sicherlich eine wichtige Herausforderung, den Bedingungen und Maßstäben „guten Engagements“ größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Autor

Prof. Dr. Roland Roth lehrte bis Ende 2014 Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ und der Expertengruppe des 2. Freiwilligensurveys von 2004. Er ist Mitbegründer von „DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“ und arbeitet u.a. in der Steuerungsgruppe des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kontakt: roland.roth1@gmx.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de